

Dieter Zielinski, Langeskovweg 11, 24222 Schwentinental

Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein,  
Anke Erdmann

Dieter Zielinski

Landesvorsitzender

Langeskovweg 11  
24222 Schwentinental  
Tel: 0431 - 18402  
Diet\_Ziel@t-online.de

Schwentinental, 10.11.2016

## Offener Brief

Liebe Grüne in Schleswig-Holstein, liebe Anke Erdmann,

vielen Dank für die Informationen zum Entwurf eures Landtagswahlprogrammes . Wie schon gegenüber der SPD in unserem Offenen Brief vom 18.10.2016 zu deren Wahlprogramm ausgedrückt, haben wir auch Bündnis 90/Die Grünen bisher als einen uns verbundenen Partner in Bezug auf die Gestaltung einer Bildungspolitik gesehen, die mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe für alle in unserer Gesellschaft schafft.

Dass ihr diese Zielsetzung auch weiterhin verfolgt, drückt ihr in eurem Wahlprogrammmentwurf deutlich aus. Viele der von euch für die nächste Legislaturperiode vorgeschlagenen Maßnahmen sind hier zielführend. Als Beispiele seien angeführt, dass ihr vor allem Schulen stärken wollt, die vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebensschwierigkeiten Rückenwind geben, dass es hier gilt, multiprofessionelle Teams einzusetzen sowie Entlastungsstunden für Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen, um so eine Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

Nicht übereinstimmen können wir allerdings mit eurer Feststellung, dass sich das System aus Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen bewährt habe und die Schulen nun Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden weiterarbeiten zu können. Mit dieser Begründung wollt ihr euch mit neuen Bestimmungen und Pflichtenforderungen zurückhalten und schließt eine Veränderung der Schulstruktur aus.

Damit ignoriert ihr erstens, dass ein nach wie vor selektives Bildungssystem, in dem es Gymnasien erlaubt ist, Schülerinnen und Schüler abzuschulen und sich an gesellschaftlichen Herausforderungen wie der Bewältigung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen sowie der Integration von geflüchteten Kindern nur minimal beteiligen zu müssen, weit von dem entfernt ist, was als gerecht und einer demokratischen Gesellschaft angemessen bezeichnet werden kann, und zweitens die Schwierigkeiten vieler Gemeinschaftsschulen, die sie bei der Bewältigung ihrer Aufgaben haben, bekundet z.B. in dem Papier „Kieler Schulen an prekären Standorten: Perspektiven?! vom 20.7.2015.

Wenn ihr sagt, Inklusion bedeutet Teilhabe und Förderung und ausführt, dass ihr inklusive Angebote an Regelschulen unterstützt, dergestalt dass Kinder mit Handicap in ihre Nachbarschule gehen können und gleichzeitig die Kooperation von Regelschulen und Förderzentren mit Investitionsanreizen befördern

wollt, dann fehlt hier die eindeutige Vorgabe, dass diese Aufgabe von allen Schulen wahrzunehmen ist, d.h. dass hier auch die Gymnasien verpflichtet sind, einen angemessenen Beitrag zu übernehmen. Ansonsten dürfte sich an der einseitigen Zuschreibung dieser Aufgabe in Richtung der Gemeinschaftsschulen nicht viel ändern.

Dass ein Zweisäulenmodell nicht an sich schon ein Erfolgsmodell darstellt, zeigt sich an der aktuell in Hamburg geführten Diskussion. Dort haben 51 Schulleiterinnen und Schulleiter von Stadtteilschulen in einem Positionspapier die prekäre Situation ihrer Schulen dargestellt und die Befürchtung ausgedrückt, dass den Stadtteilschulen in Hamburg schon in naher Zukunft ein Restschuldasein droht mit all den damit verbundenen Problemen. In ihrem Papier kommen sie zu dem Schluss: „Wir Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Stadtteilschulen sind überzeugt, dass die Herausforderungen in unserer Stadt, eine moderne, vielfältige Gesellschaft zu leben, die sozial, demokratisch, gerecht und chancenreich ist, mit der einen Schule für alle Schülerinnen und Schüler bewältigt werden kann.“

Dabei ist die Ausgangssituation der Hamburger Stadtteilschulen in Bezug auf die Ausstattung mit Ressourcen günstiger als die der Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein. Zudem hat jede Hamburger Stadtteilschule eine eigene Oberstufe. Vor diesem Hintergrund darf für Schleswig-Holstein nicht unbegründet befürchtet werden, dass sich aus dem Zweisäulenmodell sehr schnell ein Dreisäulenmodell herausbildet, mit den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe als dritter Säule. Diesen Trend dürfte eure Zielsetzung unterstützen, dass sich Gemeinschaftsschulen „ohne Oberstufe“ zu Gemeinschaftsschulen „mit praktischer Orientierung“ entwickeln. Ihr begründet diese Zielsetzung u.a. damit, dass viele Gemeinschaftsschulen eine solche Orientierung bereits hätten und dass damit die Quote der Schulabbrecher\*innen gesenkt werden könnte. Unser Einwand richtet sich nicht gegen eine praktische Orientierung an den Schulen, sondern dagegen, dass hier allen Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe eine solche Orientierung vorgeschrieben werden soll. In der Konsequenz bedeutet dies, dass das pädagogische Profil diesen Schulen von außen zumindest in Teilen vorgeschrieben und ihnen somit ein Alleinstellungsmerkmal geben würde.

Nach unserer Auffassung gibt es in der gegenwärtigen Verfassung des Schleswig-Holsteinischen Schulsystems noch so viele zu bearbeitende Baustellen, dass eine abschließende Beurteilung des Systems nicht angebracht ist. Wir bitten euch daher, den in der ablaufenden Legislaturperiode initiierten Bildungsdiallog künftig vor dem Hintergrund unserer gemeinsamen Zielsetzungen fortzusetzen und diese Absicht mit in euer Wahlprogramm aufzunehmen.

Mit solidarischen Grüßen

Dieter Zielinski